

Mehr Geld für Krippenplätze

Eine kantonale Volksinitiative fordert die Einrichtung eines neuen Fonds für die Kinderbetreuung. Das Geld, mit dem Eltern entlastet werden sollen, soll von Arbeitgebern und Selbständigerwerbenden kommen.



Die Betreuung in Kindertagesstätten soll für Eltern im Kanton Zürich günstiger werden.

Bild: Keystone

In den vergangenen Jahren sind im Kanton Zürich zahlreiche neue Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen worden. Trotzdem ist für Eltern die Suche nach einem Platz in einer Kindertagesstätte oder einer anderen Einrichtung nicht immer einfach. Besonders gefragt sind Plätze, bei denen die Elternbeiträge nach Einkommen abgestuft werden. Subventioniert werden die Plätze von den Gemeinden (siehe Box rechts). Die vollen Kosten für einen Krippenplatz betragen in der Regel über 100 Franken für einen Tag. Im Durchschnitt tragen Eltern im Kanton Zürich rund zwei Drittel der Betreuungskosten selber. Die von der Alternativen Liste (AL) eingereichte Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» will dafür sorgen, dass Eltern stärker als bisher von subventionierten Krippenplätzen profitieren können. Zudem soll die Schaffung neuer Plätze gefördert werden. Finanziert würde der Fonds mit einer neuen Abgabe, welche Arbeitgeber auf die AHV-pflichtige Lohnsumme zu entrichten hätten. Gemäss dem Initiativtext beträgt der Abgabesatz mindestens 2 Promille und maximal 5 Promille. Der Satz soll so festgelegt werden, dass die Einnahmen des Fonds mindestens 30 Prozent der jährlichen Leistungen der öffentlichen Hand an Institutionen der familienergänzenden Betreuung entsprechen. Zum Vergleich: Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die Erwerbsersatzordnung belaufen sich zur Zeit auf je 2,25 Promille.

Die Initianten rechnen damit, dass die Minimalabgabe von 2 Promille jährlich rund 120 Millionen Franken in die Kasse des Fonds spülen würde. Zusammen mit den bereits bisher aufgewendeten Geldern stünden so rund 400 Millionen Franken jährlich zur Verfügung.

Philipp Lenherr. 10.08.2016

Stichworte

[Zürich](#)

Externe Kinderbetreuung im Kanton Zürich

Keine einheitlichen Regeln und Tarife

Die Gemeinden im Kanton Zürich sind von Gesetzes wegen dazu verpflichtet, für «ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter» zu sorgen. Wie genau dieses Angebot aussehen soll, und was es kosten darf, wird den Gemeinden nicht vorgeschrieben. Die Zahl der angebotenen Betreuungsplätze ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Wie der Regierungsrat kürzlich in der Antwort auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat festhielt, wurden seit 2011 allein über die Anstossfinanzierung des Bundes rund 1000 neue Krippenplätze geschaffen. Die Einkommensgrenzen, die für die Festlegung von vergünstigten Elternbeiträge gelten, variieren von Gemeinde zu Gemeinde. In Winterthur etwa darf das steuerbare Einkommen nicht mehr als 75 000 Franken betragen, in der Stadt Zürich 100 000. Eltern, die mehr verdienen, bezahlen den vollen Tarif. Einheitlich sind die Steuerabzüge, die Eltern für die Kosten der externen Kinderbetreuung geltend machen können: Im Kanton Zürich und bei der Bundessteuer sind dies derzeit maximal 10 100 Franken jährlich.

Gerechtere Verteilung

Die Initianten wollen mit dem neuen Fonds die Kosten der Kinderbetreuung gerechter verteilen. Bisher werden diese weitestgehend von den Eltern und den Gemeinden getragen. Einzelne Unternehmen leisten bereits heute freiwillig Beiträge an Kinderbetreuungseinrichtungen oder richten ihren Angestellten Zulagen dafür aus. Die Initiative sieht vor, dass solche Ausgaben von der neu zu bezahlenden Abgabe abgezogen werden können. Der Ausbau des Angebots und die tieferen Elternbeiträge sind gemäss den Initianten auch im Interesse der Wirtschaft, da so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werde. Heute sei es so, dass die Kosten der Kinderbetreuung oft einen grossen Teil des zusätzlich erzielten Einkommens gleich wieder wegfrässen. Dadurch sinke der Anreiz, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Das Initiativkomitee verweist auch auf die Kantone Waadt, Neuenburg und Freiburg, die seit einigen Jahren ein vergleichbares Finanzierungsmodell haben. Dort tragen die Eltern im Durchschnitt einen deutlich tieferen Anteil der Betreuungskosten als im Kanton Zürich.

Die Initiative der AL wird von der SP, den Grünen, der EVP, der BDP sowie von Gewerkschaften unterstützt.

Gegen eine neue Steuer

Die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien FDP und SVP bekämpfen die Initiative. Ein neuer Fonds sei nicht das richtige Mittel, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Die neue «Krippen-Steuer» führe zu höheren Lohnkosten und gefährde somit Arbeitsplätze. Die Unternehmen würden bereits heute mit ihren Steuern, die sie den Gemeinden bezahlen, die Kinderbetreuung mitfinanzieren. Statt einer neuen Abgabe fordern die Gegner der Initiative einen Abbau der «Überregulierung» in der Kinderbetreuung, welche hohe Kosten verursache. (Zürcher Regionalzeitungen)

(Erstellt: 09.08.2016, 19:48 Uhr)